

Geschlechterrollen und Kinderwunsch

Geburtenraten im europäischen Vergleich

STEFFEN KRÖHNERT / REINER KLINGHOLZ*

1. Geburtenrückgang und Bevölkerungspolitik in Europa

Schon vor einem Jahrhundert waren Bevölkerungspolitiker und -wissenschaftler in europäischen Ländern besorgt über zu geringe Geburtenraten. Besonders in undemokratischen Gesellschaften, deren Wirtschaft durch Personalverschleiß und deren Politik durch Kriege gleichermaßen Menschen „verbrauchten“, waren hohe Kinderzahlen gleichbedeutend mit ökonomischer und militärischer Macht. Im 20. Jahrhundert waren es vor allem, aber nicht nur europäische Diktaturen, die Versuche unternahmen, die Gebärfreudigkeit der weiblichen Einwohnerschaft zu erhöhen. Das faschistische Deutschland führte 1938 nicht nur das Mutterkreuz als Auszeichnung für kinderreiche Frauen ein. Es benutzte gleichzeitig bevölkerungspolitische Argumente, um Menschen ethnisch zu stigmatisieren sowie mit der These vom „Volk ohne Raum“ einen Angriffskrieg zu rechtfertigen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges saß in der alten Bundesrepublik der Schock über die nationalsozialistische Diktatur – und den Missbrauch der Bevölkerungswissenschaft – so tief, dass eine bevölkerungs-

politische Diskussion für Jahrzehnte nicht stattfinden konnte. Die pronatalistische Politik staatssozialistischer Regime sorgte auch in den folgenden Jahrzehnten dafür, dass der Begriff „Bevölkerungspolitik“ mit dem Makel des Totalitären behaftet blieb¹. Dass sowohl staatliches Nicht-Handeln als auch eine gut gemeinte, aber in ihren Wirkungen kaum evaluierte Familienpolitik die individuelle Entscheidung in Deutschland für oder gegen Kinder massiv beeinflusst, trat gegenüber der Furcht vor einem vermeintlich autoritären Staat völlig in den Hintergrund.

Die Gründe für die sinkenden Geburtenzahlen hat die Bevölkerungswissenschaft intensiv erforscht. Dabei wurden vor allem folgende Zusammenhänge herausgestellt:

1) Unter den Bedingungen der Industriegesellschaft ist es sicherer und weniger aufwändig, durch sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit Rentenansprüche zu erwerben, als viele Kinder großzuziehen.

2) Mit wachsendem Bildungsstand von Frauen steigen die Opportunitätskosten der Kinder. Opportunitätskosten beziffern einen entgangenen Nutzen, der im vorliegenden Fall durch die Entscheidung für Kinder und gegen eigene Erwerbsarbeit entsteht (Becker

* Steffen Kröhnert und Reiner Klingholz sind Wissenschaftler am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Eine ungekürzte, erweiterte Fassung des vorliegenden Beitrags wird Ende 2005 in der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“ erscheinen.

1960). Gleichzeitig ist das Erziehen von Kindern durch steigende Kosten für deren Ernährung, Kleidung, Betreuung und Ausbildung immer teurer geworden.

3) Schließlich sind auch die biografischen Optionen in einer modernen Gesellschaft ungleich größer als in der Agrar- oder frühen Industriegesellschaft (Birg/Flöthmann/Reiter 1991). War damals die Heirat oft die einzig mögliche und akzeptierte Form, einem patriarchalischen Elternhaus oder dem Dienstbotendasein zu entrinnen, können junge Menschen heute zwischen verschiedenen Ausbildungen, Wohnorten und Partnerschaftsformen wählen. Eine Familiengründung schränkt unter diesen Umständen die biografische Entscheidungsfreiheit ein.

Für die Erklärung der sinkenden Fertilität beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft sind diese Zusammenhänge belegbar und plausibel. Sie sind aber unseres Erachtens vor dem Hintergrund einer Diskreditierung aktiver Bevölkerungspolitik in Deutschland zu lange unhinterfragt geblieben. So war es möglich, dass Ursachen und langfristige Folgen der extrem niedrigen Fertilität hier zu Lande drei Jahrzehnte lang ignoriert werden konnten. Der Geburtenrückgang galt geradezu als Merkmal einer modernen Gesellschaft. Zwei gängige Erklärungsansätze haben den sorglosen Umgang mit einem hohen Anteil Kinderloser und niedrigen Geburtenraten in Deutschland erleichtert und zur Konzeptionslosigkeit der Familienpolitik beigetragen:

a) Die Theorie vom demographisch-ökonomischen Paradoxon

Diese Annahme leitet sich unmittelbar aus der ökonomischen Theorie des Geburtenrückganges ab und lautet „je größer der Wohlstand, desto weniger Kinder“. Bis in die 1970er Jahre war eine solche negative Korrelation zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Kinderzahlen je Frau tatsächlich für alle Industrienationen und Entwicklungsländer

nachzuweisen (Coale 1986). Die Entwicklung der Frauenerwerbsquoten verlief in allen westeuropäischen Ländern außer Irland in den 1970er und 1980er Jahren stetig aufwärts (Klammer/Daly 2003) – ein Zeitraum, in dem alle diese Länder auch einen deutlichen Fertilitätsrückgang zu verzeichnen hatten. Zwischen 1983 und 1992 war der Anstieg der Beschäftigtenzahlen in der EU – und damit ein Großteil des Wirtschaftswachstums – fast ausschließlich auf die Zunahme der erwerbstätigen Frauen zurückzuführen (Rubery/Smith/Turner 1996). Die steigende Frauenerwerbsquote hat den europäischen Wohlstand wachsen lassen und hat – so die Theorie des demographisch-ökonomischen Paradoxons – gleichzeitig den demographischen Niedergang ausgelöst.

b) Die Theorie vom Wertewandel

Diese zweite Argumentation macht hauptsächlich normative Gründe für den Rückgang der Geburtenzahlen in modernen Gesellschaften verantwortlich. Da sich „Wertewandel“ aber je nach politischem Standpunkt sowohl als Modernisierung als auch als Werteverfall interpretieren lässt, entzündeten sich hieran bis heute bevölkerungs- und familienpolitische Kontroversen.

Nach den Vorstellungen konservativer politischer oder religiöser Kreise leistet die moderne Gesellschaft einem Verfall traditioneller Werte Vorschub. Der Kapitalismus führe zu Egoismus, zu einer Auflösung der Geschlechterrollen und zum Verfall der Institution Ehe. Nur eine Rückkehr zu traditionellen Familienwerten könne den demographischen Niedergang aufhalten: „Nur die Stärkung der Familien, auch der Ehe als Bindung auf Lebenszeit, wird nach meiner Überzeugung einem weiteren demographischen Rückgang der Bevölkerung entgegen wirken können“, so Kardinal Karl Lehmann („Politische Studien“ 396, S. 10).

Eine gleich lautende These wird mit anderer Konnotation auch von liberalen und poli-

tisch links stehenden Meinungsführern vertreten. Hier ist dann nicht von Werteverfall, sondern von „Wertewandel“ die Rede. Unter dem Titel „Jeder hat das Recht zu leben, wie er will“ wird die Entscheidung gegen eigene Kinder als Ausdruck einer neuen individuellen Freiheit betrachtet. Ein Zurück zu höheren Kinderzahlen kann nach dieser Vorstellung nur unter Aufgabe des Modells einer offenen, liberalen Gesellschaft erreicht werden. Von extremen Vertretern dieser Argumentationslinie wird jede Diskussion über eine mögliche Erhöhung der Kinderzahlen bis heute als neoliberal, sogar faschistisch zurückgewiesen (Butterwegge 2004, S. 282).

Beiden Denkansätzen, dem konservativen wie dem linken, liegen im Prinzip ähnliche Annahmen zugrunde: Dass nämlich die niedrige Geburtenrate in Deutschland eine zwangsläufige Folge einer liberalen beziehungsweise marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung sei.

Beide Argumente haben in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass die Möglichkeit der gesellschaftlichen Einflussnahme auf die Geburtenrate kaum objektiv diskutiert wurde. In der Politik herrschte lange die Auffassung vor, dass angesichts des demographisch-ökonomischen Paradoxons und des unausweichlichen Wertewandels ein demokratischer Staat keine Instrumente besitze, um die Geburtenzahl seiner Bevölkerung zu beeinflussen. Dies sei, wenn überhaupt, nur über massive Eingriffe in die individuelle Freiheit der Menschen möglich, weshalb man das Thema besser gar nicht erst diskutiere.

Über der Furcht vor einer reaktionären Politik ist in Deutschland völlig in Vergessenheit geraten, dass auch demokratische Länder eine lange Geschichte der Bevölkerungspolitik vorweisen können. In der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, dass die heutige französische Fertilitätsrate von 1,89 Kindern je Frau – eine der höchsten Europas – nicht allein auf gute Betreuungseinrichtungen für

Kinder, sondern auf eine 60-jährige kontinuierliche Bevölkerungspolitik zurückzuführen ist. Bereits im Jahr 1939 hatte Frankreich mit dem „Code de la famille“ die erste moderne pronatalistische Bevölkerungspolitik in Kraft gesetzt (Kaufmann 2003). Diese hat im Laufe der Jahrzehnte auch die gesellschaftliche Einstellung zu Kindern und individuelle Kinderwünsche nachhaltig geprägt.

2. Westeuropa im Vergleich: Niedrige Geburtenziffern überall?

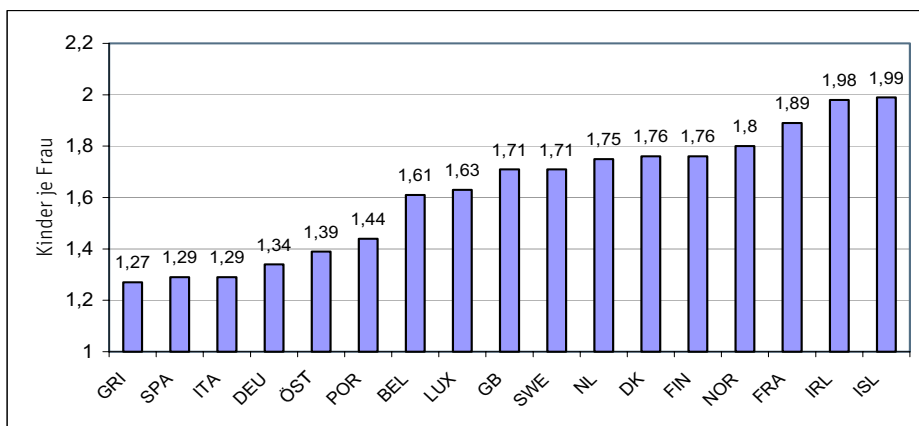
In Westeuropa existieren seit mehreren Jahrzehnten ähnlich hoch entwickelte Industriegesellschaften nebeneinander. Eine Konvergenz der Gesamtfertilitätsraten ist in diesen Ländern jedoch nicht zu beobachten (siehe Abb. 1). Obwohl es sich um eine Region mit vergleichbaren ökonomischen Rahmenbedingungen handelt, reichen die Kinderzahlen je Frau (2003) von knapp 1,3 in Griechenland, Spanien und Italien bis fast zwei in Island² und Irland – immerhin ein Unterschied von 50 Prozent. Während sich die Kinderzahl je Frau in Italien seit Beginn der 1970er Jahre von 2,4 auf 1,3 fast halbiert hat, haben die Schweden lediglich einen Rückgang von 1,9 auf 1,6 erlebt.

Zwar liegen in allen Ländern Westeuropas die Gesamtfertilitätsraten unter 2,1 Kindern je Frau, jenem Wert, der nötig wäre, um eine stabile Bevölkerungsentwicklung zu garantieren. Aber die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern werden sich mittel- und langfristig deutlich auf die jeweilige Bevölkerungsentwicklung auswirken. Denn während sich in Ländern mit einer Gesamtfertilitätsrate von 1,7 und darüber die Bevölkerungszahl auch langfristig mit moderater Zuwanderung stabil halten lässt, schrumpfen die Bevölkerungen der Länder mit niedriger Fertilität wie Deutschland, Italien oder Spanien bereits in absehbarer Zeit durch die immer größer werdenden Überschüsse der Sterbefälle gegenüber den Geburten³.

Die demographische Forschung hat bisher keine dauerhafte Wirksamkeit einzelner pronatalistischer Maßnahmen der Politik nachweisen können (Bavagos/Martin 2000). Dies zeigt jedoch nur, dass eindimensionale Versuche der Beeinflussung des Vermehrungsverhaltens, etwa durch Geburtenprämien oder andere finanzielle Vergünstigungen, gescheitert sind und dass ein umfassenderer Blick auf das Phänomen niedriger Geburtenraten notwendig ist.

Unseres Erachtens ist belegbar, dass, langfristig gesehen, die politischen Rahmenbedingungen eines Landes – insbesondere in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter – nachhaltigen Einfluss auf die Geburtenraten nehmen. Im Folgenden werden wir anhand einer Makroanalyse verschiedener sozioökonomischer und demographischer Indikatoren belegen, dass nicht Modernität, sondern ein Traditionalismus der Geschlechterrollen Ursache der spezifisch niedrigen Fertilitätsrate in Deutschland ist.

Abb. 1: Gesamtfertilitätsrate (Kinderzahl je Frau) in Westeuropa (2003)*



*Quelle: Eurostat Online-Datenbank.

3. Je reicher eine Gesellschaft, desto weniger Kinder?

Vergleichende Untersuchungen zeigen, dass Werte und Einstellungen junger Menschen zu Familie, Sexualität und Kindern heute europaweit kaum relevante regionale Abweichungen aufweisen (Bavagos/Martin 2000). Wenn sich jedoch bei ähnlichen Einstellungen zu Familie und Kindern die tatsächlichen Kinderzahlen in den westeuropäischen Ländern stark voneinander unterscheiden, muss die Ursache für diese Diskrepanz in den verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen

vermutet werden. Die Auflösung des als „demographisch-ökonomisches Paradoxon“ beschriebenen Zusammenhangs zeichnete sich in Westeuropa bereits in den 1980er Jahren ab. Pinelli zeigte anhand einer Faktorenanalyse ökonomischer, kultureller und geschlechterbezogener Indikatoren (mit Daten bis circa 1990), dass in westeuropäischen Ländern ein hoher sozioökonomischer Entwicklungsstand keineswegs zwangsläufig mit einer geringen Gesamtfertilitätsrate einhergeht (Pinelli 1995, S. 96).

Dieses Ergebnis kann heute, bei Kenntnis zehn weiterer Jahre gesellschaftlicher Entwicklung in Europa, in vollem Umfang bestätigt werden. Im Westen Europas ist ein ökonomisch-demographisches Paradoxon nicht mehr nachzuweisen. Das Wohlstandsniveau der einzelnen Länder (gemessen am kaufkraftkorrigierten Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner) korreliert positiv mit den Kinderzahlen. Die reicheren Länder Westeuropas wie Island (1,99 Kinder je Frau) oder Norwegen (1,80) haben höhere Kinderzahlen als ärmere wie Griechenland (1,27) oder Portugal (1,44). Portugal, Spanien und Griechenland – Länder, die sich vergleichsweise spät modernisiert haben und noch heute in Bezug auf Wirtschaftsstruktur, Geschlechterverhältnis und die Rolle der Religion mehr der Tradition verhaftet sind als nördliche EU-Länder wie Norwegen und Schweden – verzeichnen deutlich niedrigere Kinderzahlen als solche, die sich sozial und wirtschaftlich früher und weiter entwickelt haben. Doch auch Irland und Island, die sich wirtschaftlich spät entwickelten und heute die europaweit höchsten Kinderzahlen verzeichnen, liegen in ihrer Wirtschaftskraft deutlich vor Deutschland.

Allerdings ist das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Frankreich kaum von dem in Deutschland zu unterscheiden. In diesem Fall greift also die Korrelation von Reichtum und Kinderzahl nicht.

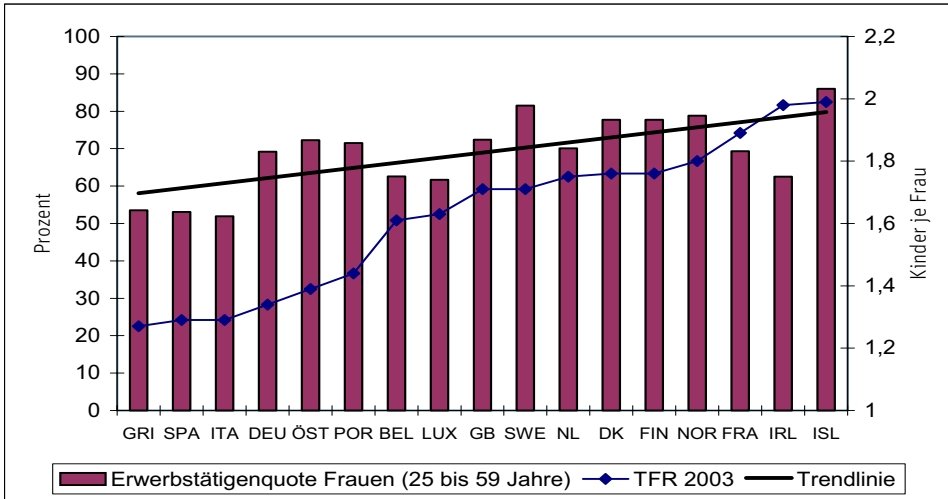
4. Je mehr Frauen am Herd, desto mehr Nachwuchs?

Der europäische Vergleich zeigt eine deutliche Korrelation zwischen dem Grad der Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Gesamtfertilitätsrate – was darauf hindeutet, dass die Möglichkeit, Kinder und Beruf zu vereinbaren, die Kinderfreundlichkeit einer Gesellschaft erhöht. Während Länder wie Spanien, Italien oder Griechenland, in denen nur knapp über 50 Prozent der 25- bis 59-

jährigen Frauen erwerbstätig sind, auch die geringsten Geburtenraten verzeichnen, hat Island, wo fast 90 Prozent der 25- bis 59-jährigen Frauen im Beruf stehen, die höchste Fertilitätsrate Europas (1,99). Aber es gibt auch Abweichungen vom Trend. So verzeichnen Deutschland und Österreich eine geringe Kinderzahl je Frau bei einer relativ hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen (siehe Abb. 2). In Deutschland gründet diese Gleichzeitigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit auf dem großen Anteil kinderloser Frauen – mit geschätzten 29 Prozent (BIB 2004) ist dies der wahrscheinlich höchste Wert weltweit. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Kinder die berufliche Entwicklung deutscher Frauen besonders stark beeinträchtigen. Viele Frauen verzichten hier zu Lande lieber ganz auf Nachwuchs, als ihre berufliche Entwicklung einzuschränken.

Wie unterschiedlich gut es in Westeuropa möglich ist, Kinder und Beruf zu vereinbaren, wird auch an der Veränderung der Erwerbstätigkeit von Frauen sichtbar, wenn sie Kinder haben. Während kinderlose Frauen im Jahr 2000 in Deutschland zu 77 Prozent erwerbstätig waren, reduziert sich dieser Wert bei Frauen mit einem Kind auf 70 Prozent. Frauen, die zwei oder mehr Kinder haben, sind nur noch zu 56 Prozent erwerbstätig. In keinem anderen westeuropäischen Land, mit Ausnahme von Irland, ziehen sich Frauen mit zwei und mehr Kindern derart häufig aus dem Erwerbsleben zurück. In den relativ kinderreichen Ländern Schweden, Norwegen und Frankreich sind Frauen mit einem Kind praktisch gleich häufig erwerbstätig wie kinderlose. Selbst in Portugal, Finnland oder Dänemark geht die Erwerbsbeteiligung nur um ein bis sechs Prozentpunkte zurück, wenn Frauen Kinder haben. Frauen mit zwei und mehr Kindern sind in Frankreich zu 59, in Island zu 81 und in Schweden zu 82 Prozent erwerbstätig.

Abb. 2: Erwerbstätigenquote von Frauen (25 bis 59 Jahre) und Gesamtfertilität in Westeuropa (2003)*



* Wert der Erwerbstätigenquote für Island von 2002; Korrelationskoeffizient Erwerbstätigenquote von Frauen / Gesamtfertilität = 0,62. Quelle: Eurostat Online-Datenbank, eigene Berechnungen

5. Lösen Kindergärten das Problem des Geburtenmangels?

Es ist unbestritten, dass Betreuungseinrichtungen für Kinder eine notwendige Voraussetzung dafür sind, Frauen überhaupt die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie zu ermöglichen. In Deutschland gibt es seit 1996 einen Rechtsanspruch auf eine – in der Regel halbtägige – Kinderbetreuung⁴. Dieses Angebot ist jedoch in keiner Weise hinreichend und hat bis dato keinen nachweisbaren Einfluss auf die Geburtenraten (Hank/Kreyenfeld/Spieß 2003). Offensichtlich müssen Mütter ihre Berufstätigkeit stark einschränken oder gar aufgeben, bis das Kind drei Jahre alt ist. Besonders für Frauen mit hohen Qualifikationen kommt dies einem beruflichen Abstieg gleich.

Es gibt denn auch einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Anteil unter dreijähriger Kinder, die Betreuungseinrichtungen besuchen, und der Zahl der Kinder je Frau in den westeuropäischen Ländern (siehe

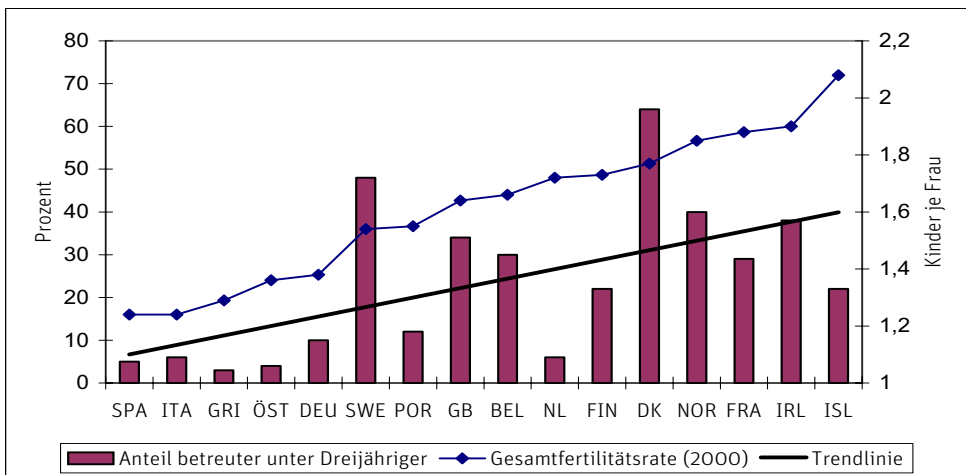
Abb. 3). In vergleichsweise kinderreichen Ländern wie Frankreich besuchten (im Jahr 2000) 29, in Schweden 48 und in Dänemark sogar 64 Prozent aller Kinder unter drei Jahren eine Kindertagesstätte. In Deutschland liegt diese Quote wie in den anderen kinderarmen Ländern Italien⁵, Spanien oder Österreich bei zehn Prozent und darunter.

Doch auch dieses Angebot von Betreuungseinrichtungen ist allein nicht hinreichend. Nur wo ein gutes Betreuungsangebot auch auf eine gesellschaftliche Akzeptanz der außerfamiliären Betreuung von Kindern trifft, wird es Frauen tatsächlich möglich, Beruf und Familie zu vereinbaren. Und diese Akzeptanz ist politisch formbar. Die französische Bevölkerungspolitik hat über Jahrzehnte dazu beigetragen, dass ein Wertesystem entstanden ist, in dem erwerbstätige Mütter als Normalfall gelten. Ebenso normal ist es, auch kleine Kinder außerfamiliär betreuen zu lassen (Brossé-Verbiest/Wagner 2003)⁶.

In Deutschland dagegen kollidieren berufliche Ambitionen von Frauen noch immer mit den gesellschaftlich vermittelten und verinnerlichten Ansprüchen nach individueller Kinderbetreuung durch die Mutter. Die Meinung, dass sich eine Berufstätigkeit der Mutter negativ auf deren Kinder auswirke, hat in Deutschland eine lange Tradition und fand in

Westdeutschland noch bei einer Befragung im Jahr 1996 die höchste Zustimmung aller europäischen Länder (Europäische Kommission 1996, S. 44). Beruf und Familie stehen deshalb für viele Frauen in einem Konkurrenzverhältnis. Mit dem Effekt, dass sie sich häufig für Kinderlosigkeit und gegen eine Mutterrolle entscheiden.

Abb. 3: Anteil von unter Dreijährigen, die in Kindertagesstätten betreut werden, und Gesamtfertilität (2000)*



* Korrelationskoeffizient Anteil betreuter unter Dreijähriger / Gesamtfertilität = 0,58 (für Luxemburg keine Daten). Quelle: Eurostat, OECD, eigene Berechnungen.

6. Sichern „traditionelle Geschlechterrollen die natürliche Reproduktion?

Die Theorie des demographisch-ökonomischen Paradoxons lässt vermuten, dass die Kinderzahlen sinken, wenn Frauen in ehemals von Männern dominierte, gut bezahlte Berufsbereiche vordringen. Die Realität belegt jedoch das Gegenteil: Die Gesamt-Hochschulabschlussquote von Frauen zeigt zunächst keinen Zusammenhang mit den Fertilitätsraten der jeweiligen Länder. Doch betrachtet man nicht die Hochschulabschlüsse insgesamt, sondern die Hochschulabschlüsse

se im naturwissenschaftlich-technischen Bereich als Indikator für das Vordringen der Frauen in gut bezahlte frühere Männerdomänen, so ist durchaus eine Tendenz erkennbar: Im kinderarmen Deutschland verfügen nur 3,6 von 1 000 Frauen zwischen 20 und 29 Jahren über einen solchen Abschluss. In Schweden liegt der Anteil bei 7,6, in Frankreich bei 12,1 je 1 000 Frauen (siehe Abb. 4).

Die Differenz zahlreicher ökonomischer Indikatoren für Männer und Frauen in einer Gesellschaft sagt etwas darüber aus, wie gleichberechtigt beide Geschlechter am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

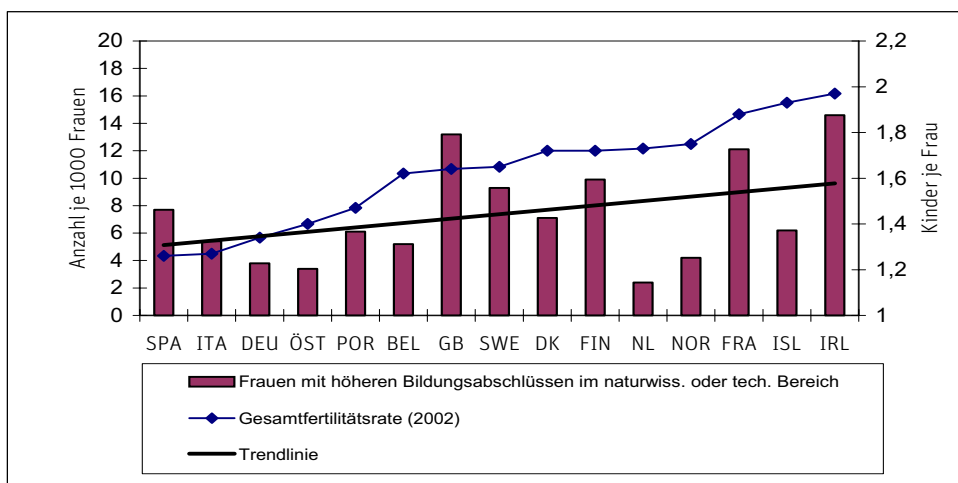
Dies gilt etwa für die Differenz zwischen Männer- und Frauenerwerbslosigkeit und -erwerbstätigenquote. Generell gilt: Je größer die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, umso geringer die Kinderzahlen. So liegt die Erwerbsbeteiligung von 25- bis 49-jährigen Frauen in den kinderarmen Ländern Spanien, Griechenland und Italien um mehr als 30 Prozentpunkte niedriger als die der gleichaltrigen Männer. In Schweden und Finnland beträgt diese „Geschlechterlücke“ weniger als vier Prozentpunkte. Deutschland liegt mit einer Differenz von 13 Prozentpunkten im Mittelfeld.

Gleiches gilt für die Arbeitslosigkeit. In Spanien und Griechenland sind Frauen (im Alter von 25 bis 49 Jahren) mehr als doppelt so häufig erwerbslos wie ihre männlichen Kollegen. Insgesamt liegt in sechs von acht Ländern mit der geringsten Fertilität die Arbeitslosenquote der Frauen deutlich (mehr als einen Prozentpunkt) über jener der Männer, bei den neun Ländern mit höherer Ferti-

lität ist dies nur in zwei Staaten (Frankreich und Dänemark) der Fall.

Der Wert für die Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen Männern und Frauen in Deutschland – insgesamt liegt die Arbeitslosigkeit von Frauen 0,3 Prozentpunkte unter derjenigen der Männer – verschleiert allerdings regionale Unterschiede zwischen Ost und West. Dies ist dem bevölkerungsmäßig hohen Gewicht der westdeutschen Bundesländer geschuldet. In Ostdeutschland liegt die Arbeitslosenquote der Frauen je nach Bundesland um ein bis 1,5 Prozentpunkte über den extrem hohen Werten der Männer⁷. Die seit Jahren sehr ungünstige Situation für Frauen auf dem Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer hat dazu geführt, dass weit mehr Frauen als Männer abgewandert sind. Von den rund 1,05 Millionen Menschen, die zwischen 1990 und 2002 in den Westen umgesiedelt sind, waren 65 Prozent weiblich (Mai 2004, eigene Berechnungen). Die Kinderzahl je Frau ist in Ostdeutschland mit

Abb. 4: Höhere Bildungsabschlüsse in Naturwissenschaft und Technik je 1 000 Frauen (20 bis 29 Jahre) und Gesamtfertilität (2002)



* Korrelationen Frauen mit höherem technischen Bildungsabschluss / Gesamtfertilität = 0,44.
Quelle: Eurostat Online-Datenbank.

durchschnittlich 1,2 heute noch immer deutlich niedriger als im Westen. Auch in Deutschland zeigt sich also, dass dort, wo die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zu jener der Männer am schwierigsten ist, weniger Kinder geboren werden. Eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für Frauen wirkt sich offensichtlich deutlicher auf die Kinderzahlen aus als die Versorgung mit Betreuungseinrichtungen. Letztere ist im Osten Deutschlands weitaus besser als in den alten Bundesländern (Hank/Kreyenfeld/Spieß 2003).

7. Führen „stabile Familienstrukturen“ zu mehr Kindern?

Nichts deutet darauf hin, dass Gesellschaften mit stabileren Ehen auch höhere Kinderzahlen aufweisen. Nimmt man das Verhältnis von Scheidungen und Eheschließungen eines Jahres als Maß für die Stabilität von Ehen, so findet sich keineswegs ein negativer Zusammenhang zwischen der Scheidungshäufigkeit und der Kinderzahl je Frau. Klammert man Irland, wo bis 1996 Ehescheidungen noch illegal waren und das deshalb bis heute eine sehr niedrige Scheidungsrate aufweist, einmal aus, zeigt sich sogar eine positive Tendenz (siehe Abb. 5). Während in den relativ kinderreichen westeuropäischen Ländern Schweden und Finnland im Jahr 2002 mehr als halb so viele Ehen geschieden wie neu geschlossen wurden, war es im kinderarmen Italien nur ein Siebtel⁸.

Dieser Zusammenhang lässt sich auch damit belegen, dass in Ländern mit einem höheren Anteil außerehelicher Geburten generell mehr Kinder zur Welt kommen (siehe Abb. 6). In allen westeuropäischen Ländern, die eine Gesamtfertilitätsrate von mehr als 1,7 Kindern je Frau aufweisen, wird ein größerer Anteil aller Kinder außerhalb von Ehen geboren als in Deutschland. Der statistische Zusammenhang zwischen dem Anteil unehelicher Kinder und der Kinderzahl je Frau

(0,75) ist sogar der deutlichste unter allen betrachteten Indikatoren. Länder wie Spanien und Griechenland, in denen uneheliche Lebensgemeinschaften und uneheliche Kinder noch immer stigmatisiert sind und dementsprechend selten vorkommen, haben die geringsten Geburtenraten Westeuropas.

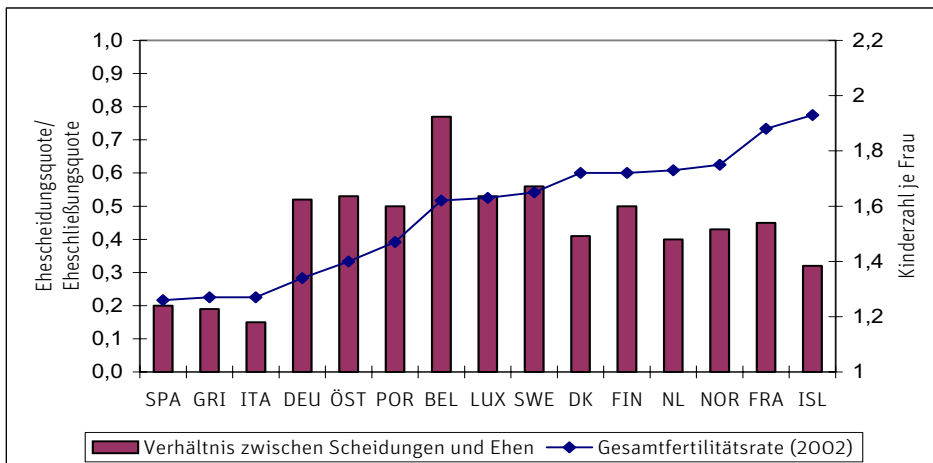
Kinderarme Gesellschaften wie Italien, Spanien, Deutschland oder Griechenland bevorzugen die Ehe häufig steuerlich oder versuchen, diese Institution als gesellschaftliche Norm aufrecht zu erhalten. Solche Länder sorgen mit ihrer Chancenungleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt und der Zuweisung der Kinderbetreuung vor allem an die Frauen auch dafür, dass der kindererziehende Partner finanziell abhängig von dem erwerbstätigen Partner wird. Da die emotionalen Ansprüche an Partnerschaften gestiegen sind und die Haltbarkeit der Bindungen abgenommen hat, gehen junge Menschen mit immer größeren Vorbehalten „endgültige“ Bindungen ein. Für Frauen bedeutet dies in den erwähnten Ländern häufig das Ende der finanziellen Unabhängigkeit. Für Männer die Verpflichtung, alleiniger Ernährer der Familie zu sein.

8. Kann die Gesellschaft Einfluss auf die Geburtenzahl nehmen?

Der statistische Zusammenhang der Gesamtfertilitätsrate mit den Sozialausgaben für Familie und Kinder (gemessen in Kaufkraftparitäten je Einwohner) in Westeuropa ist mit 0,42 relativ schwach. Problematisch ist vor allem, dass die Sozialausgaben die unterschiedliche steuerliche Belastung von Familien mit Kindern nicht mit einbeziehen⁹. Eine Gesellschaft kann aber sehr wohl in Familienfreundlichkeit investieren. Sie muss es aber auf die richtige Art und Weise tun.

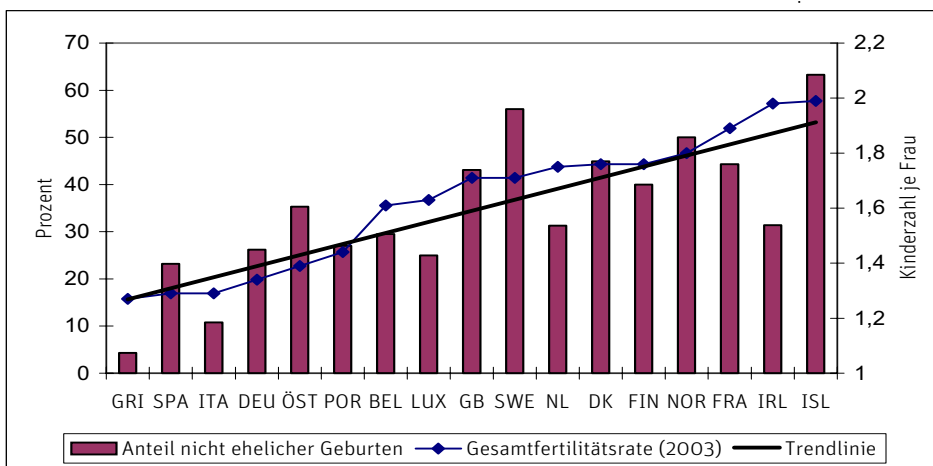
Nirgendwo in Europa wird noch heute das Modell „allein verdienender Familienvater und nichterwerbstätige Ehefrau“ so stark steuerlich begünstigt wie in Deutschland (Rü-

Abb. 5: Verhältnis von Ehescheidungen und -schließungen je 1 000 Einwohner (Ehescheidungsquote/Eeschließungsquote) und Gesamtfertilität (2002)*



* Quelle: Eurostat, OECD, eigene Berechnungen (Großbritannien: k.A.)

Abb. 6: Anteil nichtehelicher Geburten und Gesamtfertilität in Westeuropa (2003)**



** Korrelationskoeffizient Anteil nicht ehelicher Geburten und Gesamtfertilität: 0,75.
Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

rup, Gruescu 2003). Das hiesige „Ehegattensplitting“ berechnet die Steuerschuld eines Ehepaares auf Basis des Gesamteinkommens beider Partner. Dabei ist die Steuerersparnis um so höher, je größer die Einkommensdifferenz zwischen den Partnern ist. Sie ist maximal, wenn einer der Partner überhaupt kein Einkommen erzielt. Dieses Steuersystem fördert den Rückzug von Ehefrauen aus dem Erwerbsleben, da es eine relativ hohe Schwelle für die Aufnahme einer zweiten Erwerbstätigkeit errichtet, ab der sich diese für ein Paar überhaupt lohnt (Dingeldey 2002).

Die Mehrheit der europäischen Länder hat heute individualisierte Steuersysteme – in Schweden, Finnland und Griechenland macht es überhaupt keinen steuerlichen Unterschied, ob der Familienvater (oder die -mutter) allein oder die Eltern gemeinsam für das Einkommen sorgen. Andere Länder (wie Frankreich) berechnen die Steuer auf Basis eines „Familiensplittings“, bei dem die Abgaben mit der Zahl der Kinder sinken.

Das deutsche System der Familienförderung ist dagegen noch immer auf eine Erhöhung des „Ernährerlohnes“ ausgerichtet. Das Kindergeld ist, nach Luxemburg, das zweithöchste Europas. Die gesetzlich zugesicherte „Erziehungszeit“ in Deutschland gehört mit 36 Monaten zu den längsten des Kontinents. Für 24 Monate zahlt der Staat nach Geburt eines Kindes zusätzlich zum Kindergeld ein einkommensabhängiges Erziehungsgeld, wenn ein Elternteil nicht voll arbeitet. Fast drei Viertel der deutschen Sozialausgaben für Kinder und Familie (71 Prozent) fließen in reine Transferleistungen wie Kinder- und Erziehungsgeld. Kinderreichere Länder investieren hingegen einen sehr viel größeren Teil ihrer Sozialausgaben in Dienstleistungen, die beiden Elternteilen eine weitere Erwerbstätigkeit ermöglichen. In Frankreich sind dies 45, in Schweden 50 und in Dänemark sogar 59 Prozent der Sozialausgaben für Familie und Kinder (Rürup/Gruescu 2003). Und genau diese Leistungen scheinen sich

positiv auf die Kinderzahlen auszuwirken: Denn erstens haben gerade qualifizierte Frauen häufig kein Interesse daran, nach der Geburt eines Kindes drei Jahre zu Hause zu bleiben, da dies eine Entwertung ihrer Qualifikationen bedeuten würde. Und zweitens reicht die steuerliche „Aufstockung“ des Ernährerlohnes einschließlich der kindbezogenen Vergünstigungen keinesfalls aus, um den erhöhten Bedarf für Kinder zu decken und den Verlust eines zweiten Einkommens zu kompensieren.

Fazit

Der Rückgang der Geburtenraten auf niedrige Werte wie in Spanien, Griechenland oder Deutschland folgt keinem Naturgesetz. Er ist vielmehr die Konsequenz einer gesellschaftlichen Entwicklung, bei der die Emanzipation der Frauen eine wichtige Rolle spielt. Westeuropäische Frauen streben heute mehrheitlich nach eigener beruflicher Entwicklung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. In der jüngeren Generation wird dies immer wichtiger¹⁰. Gleichwohl ist der Wunsch nach Kindern und Familie weiterhin vorhanden. Wenn aber Frauen (und ihre Partner) emanzipierter und „moderner“ sind als die Gesellschaft, in der sie leben, passen Kinderwunsch und Lebensentwürfe nicht mehr zusammen. Dort entscheiden sich Menschen immer häufiger gegen Kinder. Gesellschaften, in denen die neue Rolle der Frauen anerkannt und unterstützt wird, zeichnen sich hingegen durch relativ hohe Kinderzahlen aus.

Der vorliegende Vergleich europäischer Staaten will die Möglichkeiten staatlicher Einflussnahme auf die Fertilitätsrate in ein neues Licht setzen: Zum einen ist die hier zu Lande verbreitete Auffassung, nur autoritäre Staaten könnten eine pronatalistische Politik ausüben, offensichtlich falsch. Zum anderen führt die gesellschaftliche Entwicklung moderner Industrienationen nicht zwingend zu immer weniger Nachwuchs. Im Gegenteil

sind gerade in modernen Gesellschaften mit einer hohen Gleichstellung der Geschlechter vergleichsweise hohe Kinderzahlen möglich.

Die dargestellten Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Indikatoren und der Fertilitätsrate eines Landes sind weder kausal zwingend noch stetig linear. Zweifellos haben auch historische Entwicklung, politische Rahmenbedingungen, kulturelle Erfahrungen, Traditionen in der Erwerbstätigkeit und Fragen der nationalen Mentalität einen Einfluss auf die Fertilitätsrate eines Landes. Dennoch lassen die ausgewählten Indikatoren als Merkmale der gesellschaftlichen

Bedingungen in den verschiedenen Ländern unseres Erachtens eine eindeutige Interpretation familienfreundlicher Bedingungen zu.

Nur wenn Gesellschaft und alle Sparten der Politik gemeinsam eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsleben und bei der Kinderbetreuung gewährleisten können, ließen sich Kinderwünsche und beruflichen Ansprüche von Frauen und Männern vereinbaren. Aller Wahrscheinlichkeit nach gäbe es unter diesen Bedingungen auch in Deutschland wieder mehr Nachwuchs.

-
- 1 So verbot der rumänische Diktator *Ceausescu* 1967 Verhütung und Abtreibung und erreichte damit – für ein einziges Jahr – die Verdopplung der Geburtenrate. Die DDR-Regierung führte 1976 ein „Babyjahr mit vollem Lohnausgleich“ ein, um die ständigen Abwanderungsverluste des Landes zu kompensieren.
 - 2 Obwohl es sich bei Island um eine kleine Nation mit lediglich 300 000 Einwohnern handelt, ist das Land bewusst mit in diese Untersuchung einbezogen worden. Island hat in den vergangenen Jahrzehnten eine bemerkenswerte wirtschaftliche und soziale Entwicklung erlebt und gehört heute zu den reichsten und modernsten Staaten der Erde. Dies zeigt sich auch an den für diese Untersuchung herangezogenen Indikatoren. Weil sich der Übergang von einer traditionellen zu einer sehr modernen Gesellschaft dabei ohne den häufig zu beobachtenden Einbruch der Fertilitätsrate auf Werte weit unterhalb des Ersatzniveaus vollzogen hat, ist die Entwicklung der isländischen Gesellschaft von besonderem Interesse.
 - 3 Vgl. Bevölkerungsprognosen der nationalen statistischen Ämter, verfügbar über die Eurostat Online-Datenbank. Während Deutschland, Italien, Spanien und Griechenland bis 2050 deutliche Bevölkerungsverluste erwarten, wird für Länder wie Frankreich, die Niederlande, Island, Irland und Norwegen ein weiteres Wachstum der Bevölkerung prognostiziert.
 - 4 Seit 1996 gilt in Deutschland der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (BVerfG im Urteil zum § 218 StGB). Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes war, dass der Rechtsanspruch den Entschluss begünstigen sollte, ungeborenes Leben auszutragen. Gesetzlich verankert wurde der Anspruch im Achten Sozialgesetzbuch - SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), §24. Er gilt für jedes Kind im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt und bezieht sich in der Regel auf einen Halbtagsplatz. Die Länder haben eigene – zum Teil unterschiedliche – Ausführungsbestimmungen dazu in ihren Ausführungsgesetzen zum Kinder- und Jugendhilfegesetz erlassen.
 - 5 Italien hat eine hohe Betreuungsquote bei Kindern im Vorschulalter, aber nur eine sehr geringe Versorgung mit Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige (Della Sala 2002).
 - 6 Auch wenn *Brosse-Verbiest/Wagner* in Frankreich einen gesellschaftlichen und ökonomischen Druck zur schnellen Rückkehr in den Beruf und zur außerhäuslichen Kinderbetreuung ausmachen, spricht die hohe Fertilitätsrate Frankreichs dafür, dass die dortigen Lebensbedingungen den Bedürfnissen von Eltern besser entsprechen als in Deutschland, wo das „männliche Ernährermodell“ Frauen eher zur eigenen Kinderbetreuung drängt.
 - 7 Statistisches Bundesamt, Datenbank Genesis-online, Werte für 2003.
 - 8 Die Tatsache, dass in Italien Paare häufig eine faktische Trennung bei formal weiterbestehender Ehe vollziehen (*Wan-rooij* 2001) zeigt, dass die gesellschaftliche Stigmatisierung der Ehescheidung – die in Italien erst 1970 legal wurde – noch immer hoch ist.
 - 9 Unter Sozialausgaben werden die den Empfängern (in diesem Fall Familien beziehungsweise Kinder) bar oder als Waren und Dienstleistungen zugute kommenden Sozialleistungen einschließlich der Verwaltungskosten der Träger erfasst (*Beriè/Fink* 2000). In Bezug auf den Bereich Familie/Soziales beinhaltet dies in der Regel direkte finanzielle Zuwendungen (wie Kindergeld oder Erziehungsgeld) sowie Ausgaben für Infrastruktur zur Kinderbetreuung.
 - 10 In einer europäischen Befragung zum Thema Gleichstellung von Mann und Frau (1996) stimmten 71 Prozent der 15- bis 24-jährigen Frauen der Aussage zu, dass ein eigenes Einkommen für eine Frau ein „Muss“ sei. Bei den über 55-jährigen Frauen lag die Zustimmung noch um 10,5 Prozentpunkte niedriger (Europäische Kommission 1996, S. 39).